



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN



Umwelt und Entwicklung schwarz-rot

„Hier sitzt Müller, nicht Niebel.“ Mit dieser Klarstellung reagierte Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller in einem Interview von ZEIT Online am 23. Januar 2014, angesprochen auf einen Konflikt, der zu Beginn der Amtszeit seines Vorgängers Dirk Niebel große mediale Aufmerksamkeit erzielte. Das BMZ vertrat damals die Position, dass Nichtregierungsorganisationen (NRO), die Mittel der Bundesregierung für Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan in Anspruch nehmen, auch eine Einbindung in die politische und militärische Gesamtstrategie der Bundesregierung akzeptieren müssten. Konkret hieß das: NRO sollten nur dort arbeiten, wo die Bundeswehr im Einsatz war, also im Norden Afghanistans, und nur in enger Abstimmung mit allen anderen Akteuren vor Ort. Darin sahen die NRO einen Versuch, ihre Arbeit den Zielsetzungen der Bundesregierung unterzuordnen.

Nach den scharfen Auseinandersetzungen mit Niebel reiben sich Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft jetzt verwundert die Augen. Das Vokabular hat sich seit der Übernahme des Amtes durch Gerd Müller wahrnehmbar geändert. Die ersten Interviews und öffentlichen Auftritte sind gespickt mit bemerkenswerten Sätzen, etwa „Meine Vision ist eine weltweite ökologisch-soziale Marktwirtschaft, in der die Nachhaltigkeit dem Wachstum übergeordnet ist“. Auch bei seinen ersten Auftritten im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Bundestag hob der Minister den Aspekt der Nachhaltigkeit besonders hervor. Mit dem Leitsatz „Markt braucht Grenzen, Zukunft braucht Werte“ unterstrich er sein Eintreten für soziale und ökologische Mindeststandards ebenso wie die von ihm geforderte Neudefinition des Wachstumsbegriffes.

Leider werden diese Positionen des Ministers durch den Koalitionsvertrag nur teilweise getragen. Zwar wird in der Präambel und im entwicklungspolitischen Teil ebenfalls davon gesprochen, die Globalisierung nachhaltig und gerecht für alle Menschen zu gestalten. Allerdings ist im Wirtschaftsteil davon nicht viel zu erkennen. Im Gegenteil – unter der Überschrift „Wachstum, Innovation und Wohlstand“ geht es vornehmlich um neue Wachstumsimpulse in Deutschland und Europa. Die großen globalen Herausforderungen, wie der Klimawandel oder die Ernährungs Krise, erfordern eine umfassende Wende auch in den Industrieländern, auch in Deutschland. Im Koalitionsvertrag dominiert jedoch weiterhin ein Politikentwurf, der wirtschaftliches Wachstum als wichtigsten Ansatz zur Bewältigung nationaler und internationaler Herausforderungen empfiehlt.

→ weiter auf Seite 3



Furchtbare Folgen

Der Einsatz von Uranmunition
im Irak und weltweit

→ Seite 4



Klassenziel erreicht?

Südwind-Studie zu
„Best in Class“-Ratings

→ Seite 5



Für Gerechtigkeit eintreten

Fairer Handel
und Islam

→ Seite 6



Foto: picture alliance / AP Photo

Am 16. Dezember 2013, dem südafrikanischen Versöhnungstag, wurde vor dem Parlamentsgebäude in Pretoria ein 9 Meter hohes Mandela-Denkmal enthüllt.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vermutlich war noch nie in der Geschichte ein so großer Teil der Menschheit vereint in der Trauer um einen einzelnen Menschen. Inspiriert von seiner moralischen und politischen Integrität, berührt von seinem Charisma und in Respekt gegenüber seiner Lebensleistung nahm die Welt Abschied von Nelson Rolihlahla Mandela, dem vom Apartheidregime zu lebenslanger Haft verurteilten und für 27 Jahre eingesperrten Kämpfer für Freiheit und Menschenrechte, dem Adressaten zahlloser weltweiter Solidaritätskampagnen, dem klugen und mutigen Steuermann des Transformationsprozesses zum demokratischen Südafrika und dessen erstem demokratisch gewählten Präsident. Am 5. Dezember 2013 starb er im Alter von 95 Jahren.

Es ist kaum möglich, einen Mann wie Mandela in einem kurzen Text wie diesem angemessen zu würdigen angesichts eines Lebens so voller dramatischer und schicksalsschwerer Episoden und Entscheidungen.

Die Petitionen und Protestresolutionen des 1912 gegründete African National Congress (ANC) waren jahrzehntelang weitgehend wirkungslos geblieben, der ANC war auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit. Mit Mandela, Oliver Tambo, Walter Sisulu und anderen betrat in den 40er Jahren eine neue Generation die Bühne des südafrikanischen Freiheitskampfes. Mit ihren zwar strikt gewaltfreien, aber kraftvollen Kampfformen machten sie den ANC erst zur Massenorganisation.

Der Aufbau von Beziehungen zu den Organisationen der südafrikanischen „Farbigen“, Menschen indischer Abstammung und auch zu demokratischen weißen Organisationen ermöglichte den Volkskongress von 1955, an dessen Organisation Mandela maßgeblich beteiligt

war. Die „Freiheitscharta“ dieses Kongresses wurde das große programmatische Dokument des südafrikanischen Freiheitskampfes. Ihre Kernaussage: Südafrika soll das Land all derer sein, die darin leben, mit gleichen Rechten und Chancen, in Frieden und Freiheit. Das war ein großzügiges Angebot an die herrschende weiße Klasse.

Es wurde nicht angenommen, im Gegenteil: Die Unterdrückung nahm immer existenzvernichtendere Formen an. 1960 erschoss die Polizei in Sharpeville 69 Teilnehmer einer Demonstration gegen neue diskriminierende Passgesetze. In der Folge wurden 18.000 Menschen verhaftet, sämtliche Organisationen des Widerstandes verboten. Das Regime überzog das Land mit extrem gewaltsamer Repression. Die Strategie des strikt gewaltlosen Widerstandes war an ihr Ende gekommen. Der ANC war erneut im Begriff, seine historische Legitimität zu verlieren. Es war Mandela, der die strategische Weitsicht und den Mut hatte, zu erkennen, dass der ANC das Ensemble seiner Aktivitäten um die des bewaffneten Kampfes erweitern musste. Er ging in den Untergrund, wurde jedoch 1962 verhaftet. 1963 folgte die Verhaftung eines wesentlichen Teils der Führungsriege des ANC. Sie fanden sich zusammen im berühmten Rivonia-Verfahren wieder. Mandela und sieben seiner Mitangeklagten wurden zu lebenslanger Haft verurteilt.

Mandelas Beharrlichkeit, Mut und Geschick trugen entscheidend dazu bei, dass die politischen Gefangenen auf Robben Island ihre moralische und politische Integrität behaupteten. In den Jahrzehnten der Gefangenschaft führten neue Generationen den Kampf weiter, auch das internationale Umfeld änderte sich und machte das Festhalten an der Apartheid

schwierig und teuer. Mandela blieb der Bezugspunkt der internationalen Kampagnen und der Repräsentant des Freiheitskampfes. In den letzten Jahren seiner Gefangenschaft führte er Gespräche mit dem Regime, mit denen er dazu beitrug, den Übergang vorzubereiten.

1990 hob schließlich das Apartheid-Regime das Verbot des ANC und der anderen Organisationen des südafrikanischen Volkes auf und entließ Mandela sowie die anderen noch inhaftierten Kämpfer aus der Haft. Es folgten Jahre des Verhandelns. Die Chance zur Versöhnung musste im Übergangsprozess gegen viele gewaltsame Angriffe und jegliche Art der Sabotage verteidigt werden. Tausende Tote setzten den ANC und die kompromissbereiten Apartheid-Politiker unter außerordentlichen Druck. 1993 kam es nach der Ermordung von Chris Hani durch einen weißen Extremisten fast zur Explosion. Es war Nelson Mandela, dem es mit einer Fernseh-Rede gelang, dem Verhandlungsprozess noch einmal eine Chance zu verschaffen, trotz all der Enttäuschung der Menschen, ihrer Wut und Trauer über die Toten. Es gelang. 1994 konnte das südafrikanische Volk zum ersten Mal frei sein Parlament wählen. Mandela wurde der erste demokratisch gewählte Präsident. Nach einer Amtsperiode zog er sich aus dem aktiven politischen Leben zurück.

Neben seiner moralischen und politischen Integrität, seinem Mut, seiner strategischen Klugheit und seinem taktischen Geschick hat Mandela die Menschen auch durch seine Versöhnungsbereitschaft, seine Menschenfreundlichkeit, seine Heiterkeit und seinen umwerfenden Humor beeindruckt. Ich gehöre zu denjenigen, die das Privileg hatten, ihm mehrfach persönlich begegnet zu sein. Möge er uns alle auch in Zukunft inspirieren!

Ihr Eberhard Neugebohm

Umwelt und Entwicklung schwarz-rot

→ Fortsetzung von Seite 1

Enttäuschend ist auch der Stellenwert der Entwicklungspolitik. „Die Entwicklungszusammenarbeit muss einen höheren Stellenwert erhalten“, sagt Minister Müller. Sein Ressort wurde jedoch nicht zu einem Bundesministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung aufgewertet, wie VENRO und andere es vor der Bundestagswahl gefordert hatten. Im Koalitionsvertrag ist auch keine Rede davon, dass das BMZ die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) innerhalb der Bundesregierung koordinieren solle. Der Begriff der entwicklungsfreundlichen Kohärenz der Gesamtpolitik taucht überhaupt nicht auf. Positiv ist zu vermerken, dass die Bundesregierung eine aktive Rolle bei der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) zu universellen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen spielen will.

Markiert der Regierungswechsel auch eine Wende in der Zusammenarbeit zwischen Staat

und NRO? Minister Niebel wurde von VENRO wegen zunehmender staatlicher Einflussnahme auf die Zivilgesellschaft scharf kritisiert. Die Vermischung von humanitären und militärischen Mandaten und die Einbindung in das Konzept der vernetzten Sicherheit waren dafür nur ein besonders prägnantes Beispiel. Ebenso wichtig, wenn auch von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, waren die Auseinandersetzungen mit dem Ministerium im Kontext der Errichtung einer neuen „Servicestelle für bürgerschaftliches Engagement“, die 2011 unter dem Namen Engagement Global als staatliche Durchführungsorganisation gegründet wurde und zunehmend Aktivitäten entfaltet, die im originären Aufgabenbereich der Zivilgesellschaft liegen. Es besteht jedoch die Hoffnung, dass nach den Scharmützeln der letzten Jahre nun der gemeinsame Kampf gegen Armut und Hunger und für soziale und ökologische Gerechtigkeit wieder im Zentrum der Arbeit



Heike Spielmans ist seit 2008 Geschäftsführerin von VENRO, dem Dachverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. VENRO wurde 1995 gegründet und hat zurzeit rund 120 Mitgliedsorganisationen.

von Ministerium und NRO stehen kann. Nach den ersten persönlichen Gesprächen mit dem Minister scheint die Hoffnung berechtigt.

Von Heike Spielmans

Am Fuß des großen Berges

Kaum hatte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel seine Vorschläge zur Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) unterbreitet, hagelte es Kritik von allen Seiten. Die stromintensive Industrie bangt um ihre Privilegien bei der EEG-Umlage, Photovoltaik- und Windenergielobby schimpfen über die vorgesehene Begrenzung der Ausbaupkapazitäten, und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer kann sich plötzlich nicht mehr daran erinnern, dass sein Land dem Ausbau des Stromleitungsnetzes – ein Kernprojekt der Energiewende – noch im Februar 2013 im Bundesrat zugestimmt hatte. Erschwerend hinzu kommt der schwelende Konflikt mit der EU, die wegen der EEG-Rabatte für rund 2.800 Unternehmen und Niederlassungen im Dezember 2013 ein Beihilfeverfahren gegen Deutschland eröffnet hat.

Das Koalitionsprogramm hat beim Themenkomplex Energie und Klimaschutz einige offensichtliche Mängel. Das betrifft vor allem die wenig ambitionierten Zielvorgaben: Zwar bleibt es dabei, dass die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 gesenkt werden sollen. Für die Zeit danach wird jedoch lediglich auf spätere Festlegungen im Kontext gesamteuropäischer Ziele verwiesen – angesichts der bisherigen EU-Klimapolitik verheißt das nichts Gutes.

Unerklärlich auch der Verzicht auf ener-

gische Schritte zur Reform des europäischen Emissionshandels. Hier könnte die Wirtschaftsmacht Deutschland vorangehen und sich massiv für eine Verringerung – und damit Verteuerung – der Emissionszertifikate einsetzen. Doch das ist nicht in Sicht, und so wird der Preis für CO₂-Emissionen weiter viel zu niedrig bleiben. Vor allem deshalb erlebt die Braunkohle seit Jahren eine Renaissance und lag 2013 im deutschen Energiemix mit einem Anteil von knapp 26 Prozent an der Spitze.

Man darf gespannt sein, wie die Bundesregierung die gewaltigen Herausforderungen der Energiewende – dazu gehört auch das Thema Effizienz, vor allem im Gebäudebereich – meistern wird. Die personellen Voraussetzungen sind gegeben, denn Sigmar Gabriel und Barbara Hendricks (Umwelt) kommen aus der gleichen Partei, gelten als durchsetzungsstark und werden wenig Lust haben, den lähmenden Dauerstreit der vergangenen Jahre zwischen dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium fortzuführen. Die neu berufenen Staatssekretäre Rainer Baake (Wirtschaft) und Jochen Flasbarth (Umwelt) sind zudem beide ausgesprochen sachkundige Verfechter der Energiewende.

Auch auf den neuen Agrarminister Christian Schmidt (CSU) warten immense Herausforderungen: Ein eklatant ungerechtes Welt-handelssystem, das anhaltende Sterben vieler

kleiner und mittlerer Höfe, eine Antragsflut für neue Großbetriebe zur industriellen Mast von Schweinen und Geflügel sowie der Rückgang der biologischen Vielfalt auf landwirtschaftlichen Flächen sind nur einige der vielen Probleme, denen sich Schmidt stellen muss. Die 30.000 Menschen, die am 18. Januar in Berlin für eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft auf die Straße gingen, werden sich nicht mit einem einfachen „Weiter so“ zufriedengeben – zumal das geplante Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA bisherige europäische Errungenschaften beim Verbraucher- und Tierschutz in Frage stellen könnte.

Der Koalitionsvertrag setzt jedoch auch positive Signale. Die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt soll umgesetzt werden. Die Ausweitung der Flächen für das nationale Naturerbe um mindestens 30.000 Hektar ist dazu ein wichtiger Schritt. Mit einem „Bundesprogramm Blaues Band“ – das Copyright dafür liegt beim Naturschutzbund NABU – ziehen die Koalitionsparteien Konsequenzen aus den Hochwasserkatastrophen der letzten Jahre und wollen den Fließgewässern mehr Raum zur natürlichen Entfaltung geben. Das sind richtige und zukunftsweisende Vorhaben, und davon hätten wir gerne mehr.

Bernd Pieper

Furchtbare Folgen

Der Einsatz von Uranmunition im Irak und weltweit

Sie ist ein Abfallprodukt der Nukleartechnik und daher günstig zu haben. Sie hat eine enorme Härte und Durchschlagskraft, entwickelt beim Aufprall eine Temperatur von bis zu 5.000 Grad Celsius und durchschlägt Panzer und Bunkerwände mit Leichtigkeit. Doch so attraktiv ihr Nutzen für das Militär ist, so grausam sind ihre Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung: Uranmunition, kurz DU (Depleted Uranium, abgereichertes Uran) genannt, ist ein konventionelles Geschoss, dessen Spitze mit Uran gehärtet ist. Sie ist nicht nur radioaktiv – mit einer Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren – sondern auch hochgradig giftig. Rund 20 Staaten weltweit sollen DU besitzen, darunter die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und Israel.

Beim Auftreffen von DU-Geschossen entstehen giftige Staubwolken, die Boden und Grundwasser kontaminieren. Menschen, die diese winzigen Nanopartikel einatmen, erleiden teilweise noch Jahre später Nierenschäden oder erkranken an Krebs. Die Rate der Fehlgeburten steigt, viele Kinder kommen mit schweren Missbildungen zur Welt. Das ist längst kein Geheimnis mehr, auch nicht für die Bundeswehr, die ihre Soldaten in einem Handbuch ausdrücklich anweist, in mit DU-Munition bombardierten Gebieten Schutzanzüge und Gasmasken zu tragen. Die Bundeswehr selber verwendet keine Uranmunition, sondern Geschosse aus Wolframcarbid, die teurer sind und eine geringere Durchschlagskraft haben.

Seit 1991 wurden DU-Waffen von den USA und Großbritannien in

verschiedenen Kriegen eingesetzt, auch und vor allem im Irak. Dort verschossen die „Alliierten“ mehrere hundert Tonnen dieser Munition – mit katastrophalen Folgen: Im heftig umkämpften Süden des Irak, in den Städten Bagdad, Basra und Falludscha, haben Experten Radioaktivität gemessen, die um 20.000-mal höher liegt als die natürliche Erdstrahlung. Die Leukämierate bei Kindern ist dort seit 1990 um das 13-fache, die Zahl schwerer angeborener Fehlbildungen um das 15-fache angestiegen.

Mit dem Projekt „Die Auswirkungen von Uranmunition auf Gesundheit und Umwelt im Irak“ hat der Kölner Verein „Ost-Westlicher Diwan“ den Einsatz der DU-Waffen und die Folgen in mehreren Veranstaltungen beleuchtet. Am 23. November 2013 sprach der Völkerrechtler Prof. Manfred Mohr im Bürgerzentrum Köln-Ehrenfeld über die menschenrechtliche Dimension der Verwendung von Uranmunition. Mohr engagiert sich seit 2001 gegen Uranwaffen und ist Vorstandsmitglied der Internationalen Koalition zur Ächtung von Uranwaffen (ICBUW).

Uranmunition ist bislang noch nicht explizit verboten, so Mohr: „Es gibt dazu noch keine ausdrücklichen vertraglichen Regelungen im Rahmen der internationalen Rüstungskontrolle oder des Humanitären Völkerrechts.“ Allerdings verstoße DU-Munition gegen verschiedene, weltweit anerkannte Rechtsgrundsätze wie die Verbote, überflüssige Verletzungen und unnötige Leiden zu verursachen, nicht zwischen

Soldaten und Zivilisten zu unterscheiden und unangemessene Schäden in der natürlichen Umwelt zu verursachen.

Es gebe weltweit eine große Mehrheit für ein Verbot von DU-Waffen, so Mohr: „Die nicht paktgebundenen Staaten haben mehrfach eine UN-Resolution auf den Weg gebracht.“ Zuletzt stimmten 155 Staaten für ein Verbot, doch die USA, Großbritannien, Frankreich und Israel verhinderten mit ihrem Veto eine Resolution. Auch Deutschland hat für ein Verbot gestimmt, scheut aber laut Mohr ein stärkeres Engagement: „Man hat Angst davor, als antiamerikanisch dazustehen, als jemand, der seinen Verbündeten in den Rücken fällt.“



Prof. Dr. Manfred Mohr

So ist derzeit nicht absehbar, ob und wann sich die Bundesregierung für den von der ICBUW erarbeiteten Vertragsentwurf zum Verbot von Uranmunition engagieren wird. Manfred Mohr setzt vor allem auf den wachsenden Druck durch ökologische Faktoren: „DU ist nur die Spitze des Eisbergs, auch andere toxische Schwermetalle kommen zum Einsatz und verwüsten flächendeckend die natürlichen Lebensgrundlagen.“ Das könnten die Staaten auf Dauer nicht ignorieren. Mohr ist also weiterhin optimistisch, sagt aber auch: „Ein weltweites DU-Verbot ist viel schwieriger durchzusetzen, als ich anfangs gedacht habe.“

Die Stiftung hat die Kölner Veranstaltungsreihe mit 7.450 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter www.irakischerkv.de, www.uran-munition.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5233



Eine Uran-Patrone, wie sie auch von NATO-Truppen in Bosnien und im Kosovo verwendet wurde. (Originalgröße)

Klassenziel erreicht?

Südwind-Studie zu „Best in Class“-Ratings

Immer mehr Investoren verlangen von Unternehmen, dass diese nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische und soziale Standards einhalten. Der sogenannte „Best in Class“-Ansatz soll die dafür notwendigen Entscheidungsgrundlagen liefern: Nachhaltigkeitsagenturen wie oekom research oder Inrate untersuchen die nichtmonetären Leistungen der Unternehmen einer Branche und ermitteln so die Firmen, die unter sozialen und ökologischen Aspekten besser abschneiden als ihre Konkurrenten.

2011 wurden in Europa 283 Mrd. Euro nach der „Best in Class“-Anlagestrategie investiert. Die Befürworter unterstellen diesem Ansatz zwei positive Auswirkungen: Er entfacht einen Nachhaltigkeitswettbewerb unter den Unternehmen und verbessere so die Standards insgesamt, und er ermögliche auch Investitionen in Firmen aus Branchen wie dem Bergbau oder der Textilindustrie, die nicht gerade für ihre Nachhaltigkeit bekannt sind.

Doch stimmt das? Dieser Frage ist das Südwind-Institut in einer ausführlichen Studie nachgegangen, die am 5. Februar bei einer sehr gut besuchten Veranstaltung in der Deutschen Welle in Bonn vorgestellt wurde. Dr. Alfred Buß, Vorstandsvorsitzender unserer Stiftung, nannte in seinem Grußwort einen wichtigen Grund für das große Interesse: „Geldanlage greift zentral in den ökonomischen und ökologischen Stoffwechsel der Gesellschaft ein. Sie hat immer – im Positiven wie im Negativen – Einfluss darauf, ob sich eine Gesellschaft nachhaltig entwickelt oder nicht.“

Antje Schneeweiß, die Autorin der Südwind-Studie, hat 22 europäische Aktiengesellschaften aus vier Branchen (Textil, Bergbau, Einzelhandel, Lebensmittel) in qualitativen Interviews zum Stellenwert und zu den Auswirkungen der Rankings befragt. Außerdem führte sie Interviews mit Nachhaltigkeitsrankingagenturen sowie drei NROs. Die Aussagen der

Unternehmen wurden mit den Zielen der „Best in Class“-Ratings verglichen.

Sorgen Rankings also für mehr Nachhaltigkeit? Das Fazit der Studie lautet: Teilweise. Die Summe nachhaltig angelegten Kapitals steigt jährlich an, die Nachhaltigkeitsleistungen von Unternehmen werden transparenter. Der angestrebte Wettbewerb durch den „Best in Class“-Ansatz wurde hingegen nur durch drei der 22 Unternehmen bestätigt. Andere Akteure – wie Kunden, Gesetzgeber, Nichtregierungsorganisationen oder Standortgemeinden, so heißt es im Fazit der Studie – sind da wichtiger. Und nur zwei der befragten Aktiengesellschaften haben ihre Strategie aufgrund von Nachhaltigkeitsrankings geändert. Ein grundsätzliches Manko ist die bislang zu geringe ökonomische Macht nachhaltig orientierter Investoren. Deshalb empfiehlt die Studie den Ratingagenturen, für die Durchsetzung ihrer Anliegen Allianzen mit anderen Akteuren einzugehen.

Wenn Unternehmen angeben, grundlegende Arbeits- und Menschenrechte einzuhalten, muss das regelmäßig kontrolliert werden. Doch selbst dann gibt es keine absolute Gewissheit – das belegen die Fotos auf den ersten Seiten der Studie, die im August 2012 bei einer Überprüfung der pakistanischen Textilfirma Ali



Antje Schneeweiß (Foto: Schumacher/Südwind)



Enterprises durch eine unabhängige US-NRO aufgenommen wurden: Zu sehen sind Feuerlöscher, Fluchtpläne und offene Notausgänge. Drei Wochen später, als die Firma brannte und 289 Menschen starben, waren die Notausgänge verschlossen und kaum jemand wusste, wo die Fluchtwege verlaufen und wie Feuerlöscher funktionieren.

Dr. Alfred Buß stellte in seiner Eingangsrede die Frage nach der Verantwortung für nachhaltigeres Wirtschaften: Unternehmen, Politik oder Konsumenten? Alle werden ihren Teil dazu beitragen müssen. Was die Politik tun kann, skizzierte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Gerhard Schick in seinem Beitrag auf der Veranstaltung in Bonn: Der öffentliche Sektor dürfe nicht allein auf Gewinne achten und müsse seiner Vorbildfunktion besser als bislang nachkommen. Gleichzeitig müsse der Gesetzgeber vorgeben, dass Unternehmen auch nichtmonetäre Kennziffern veröffentlichen.

Die Stiftung hat die Studie mit 9.325 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter www.suedwind-institut.de, dort kann auch die Studie heruntergeladen werden, sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4799

Für Gerechtigkeit eintreten

Fairer Handel und Islam

Das Thema Fairer Handel wird in Deutschland nicht zuletzt durch christliche Gruppen getragen. Viele Gemeinden engagieren sich für eine gerechtere Welthandelsordnung und nutzen bei ihren Veranstaltungen fair gehandelte und ökologische Produkte. Das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt unterstützte zwischen 2005 und 2012 mit der Aktion „Fairer Kaffee in die Kirchen“ bundesweit diakonische Einrichtungen und kirchliche Verwaltungen dabei, ihre Beschaffung auf fair gehandelte Produkte umzustellen.

Fairer Handel ist in den christlichen Kirchengemeinden ein wichtiges Thema – und in den Moscheen? Mit dieser Frage beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtages „Gerechter Handel und Konsum – Was können Muslime tun?“, der Ende November 2013 in Solingen stattfand. Ausgerichtet wurde

er vom Forum für Soziale Innovation (FSI) in Zusammenarbeit mit Engagement Global. An der Organisation dieser bundesweit bislang einmaligen Veranstaltung war ein offener Initiativkreis mit einer Vielzahl von Organisationen beteiligt – darunter der Zentralrat der Muslime in Deutschland und das Eine Welt Netz NRW.

Für Hafssa El Hasbouni vom FSI war es ein wichtiges Ziel der Veranstaltung, „das Interesse von Muslimen an gerechtem Handel und Konsum sichtbar zu machen“. Dass ein solches Interesse besteht, beweisen schon die 80 Menschen, die an der Tagung teilnahmen – zu Beginn ihrer Planungen hatten die Veranstalter mit maximal 30 gerechnet. Anwesend waren Mitglieder aus rund 20 verschiedenen muslimischen Gemeinden und Vertreter der vier wichtigsten Moscheenverbände in Deutschland.

Großes Interesse am Fairen Handel

Hafssa El Hasbouni bewertet den Fachtag als Erfolg: „Es hat sich gezeigt, dass gerade junge Muslime – vor allem Frauen – ein großes Interesse an Fairem Handel und Umweltschutz zeigen und das Bedürfnis haben, islamische Werte der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit auf diese Weise im Alltag zu leben.“ In den insgesamt sieben Workshops erörterten Muslime und Fachleute aus der Eine-Welt-Szene vor allem praktische Fragen der Umsetzung von „Fair in der Gemeinde“: Wie erkenne ich fair gehandelte Produkte? Wie finanziere ich mein Projekt? Wo bekomme ich Unterstützung? Wie nehme ich die Gemeinde mit? „Die vielen konkreten Informationen, die im Verlauf des Fachtages vermittelt wurden, haben dazu beigetragen, Ängste und Vorurteile abzubauen“, so El Hasbouni.

Auch das Beispiel der Moschee im Frankfurter Gallusviertel, die seit 2011 als erste muslimi-



Foto: Andreas Yassen Herrmann



Foto: Andreas Yasien Herrmann

muslimische Gemeinde in Deutschland fair gehandelte Produkte verkauft, habe viele Muslime auf dem Fachtag zu eigenem Handeln ermutigt. Mohammed Johari, Freitagsredner der Frankfurter Moschee, zeigte in seinem Vortrag, wie tief gerechtes Handeln im Koran verankert ist. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Begriff „Halal“, das Zulässige und Erlaubte. Betrugsverbot, faire Löhne, transparente Verträge, Aufrechterhaltung sozialer Systeme, Respekt vor den genutzten Tieren – diese und andere Normen sollten von Muslimen beachtet werden, und von dort ist es lediglich ein sehr kurzer Weg zu den Prinzipien des Fairen Handels und dem schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen. Bei uns ist „Halal“ vor allem aus der Ernährung bekannt, die dort formulierten Regeln gelten jedoch auch für andere gesellschaftliche Bereiche wie den Bildungs- oder Wirtschaftssektor.

Partizipation und Zusammenarbeit

Die Nähe zwischen den Normen islamischen Lebens und Fairem Handel bestätigt auch Kübra Ercan vom Verein Hima, einer NRO mit überwiegend türkischstämmigen Mitgliedern, die sich insbesondere mit dem Zusammenhang von Natur- und Umweltschutz und Islam beschäftigt. Aber warum ist dieses Engagement in der Öffentlichkeit so wenig präsent? Es passiert viel mehr, als man auf den ersten Blick wahrnehme, so Ercan, doch sie weiß auch: „Viele Gemeinden haben grundsätzlichere Probleme, etwa die wachsende Islamophobie, und sind vor allem um Anerkennung bemüht.“ Daher spielten Fragen wie die nach dem Fairen Handel zunächst einmal keine zentrale Rolle.

Ercan sieht aber vor allem die Chancen muslimischer Gemeinden, die sich mit Umweltschutz und Fairtrade beschäftigen: „Sie können sich mit anderen NRO vernetzen, Brücken bauen, in den interreligiösen Austausch etwa



Kübra Ercan (Foto: privat)

mit christlichen Gruppen treten und so intensiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken, in der sie leben.“ Hima selbst geht mit gutem Beispiel voran und bietet auf Anfrage muslimischer Gemeinden interreligiöse Bio-Fairtrade-Frühstücke an – entspannte Foren für den Austausch über Umweltschutz und Fairen Handel, aber auch zu anderen gesellschaftlichen Themen.

Nachhaltigkeit als gemeinsames Thema

Till Winkelmann, der unsere Stiftung auf der Veranstaltung in Solingen vertreten hat, beobachtete dort „eine Dynamik, die bald auch in Nordrhein-Westfalen zu Moscheen mit angeschlossenen Weltläden führen könnte“. Hafssa El Hasbouni und das Forum für Soziale Innovation werden ihren Teil dazu beitragen. Geplant sind Multiplikatorenschulungen, ein Pilotprojekt mit einer ausgewählten Moschee sowie ein Handbuch mit praktischen Tipps für Moscheen, die fair gehandelte und ökologische Produkte nutzen und anbieten wollen.

Auch unsere Stiftung verzeichnet ein steigendes Interesse von und an muslimischen Initiativen, die sich im Bereich Nachhaltigkeit engagieren. Ein Beispiel ist das Bonner Umweltprojekt Tabiat, das vor allem aus der Türkei stammende Menschen zu einem umweltbewussteren Alltagsverhalten ermutigen will. Durch eine enge Kooperation mit Bonner Umweltorganisationen wird deren fachliche Expertise genutzt. Gleichzeitig werden diese Organisationen beraten, wie sie Menschen mit Migrationshintergrund besser erreichen können. Das gemeinsame Engagement für die Umwelt wird so auch zur Brücke zwischen Menschen.

➔ Weitere Informationen unter www.institut-fsi.de,
www.hima-umweltschutz.de

Klimapolitik ohne Grenzen

Jahreskonferenz des KlimaDiskurs NRW

Spät kam er, doch er kam: EU-Energiekommissar Günther Oettinger war der letzte Redner beim KlimaForum, das der Verein KlimaDiskurs NRW am 30. Januar in Düsseldorf veranstaltete. Sicher war der prominente Gast aus Brüssel der Grund dafür, dass viele der rund 230 Konferenzteilnehmer nach einem Tag voller interessanter Vorträge und Diskussionen noch ein weiteres Stündchen ausharrten. Ergab sich doch so die Gelegenheit, die nur wenige Tage vorher veröffentlichten EU-Klima- und Energieziele für 2030 direkt mit dem zuständigen „Dienstherrn“ zu diskutieren. Die Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent (gegenüber 1990) und ein Anteil der Erneuerbaren am Energieverbrauch von 27 Prozent seien ambitioniert, sagte Oettinger. Der Kommissionsvorschlag sei ein Anreiz für Investitionen in die Gebäudesanierung, in neue Stromnetze und CO₂-arme Technologien. So ließe sich der Import von Öl und anderen Energieträgern reduzieren, außerdem würden dadurch neue Arbeitsplätze und innovative Entwicklungen in der EU gefördert.

Aus dem Publikum kam deutliche Kritik: Die Zielsetzungen reichten nicht aus und besonders kontraproduktiv sei es, die Verantwortlichkeit für die Senkung des Energieverbrauchs auf die nationale Ebene zu verlagern. Der Energiekommissar verwies auf die unterschiedlichen Interessen und außerordentlich komplexen Abstimmungsprozesse in der EU, er müsse deshalb viele Kompromisse eingehen.

Dass die Pläne von Günther Oettinger und seiner Kommission auf dem Weg durch die EU-Instanzen nicht immer verwässert werden müssen, zeigte sich wenige Tage nach der Düsseldorfer Veranstaltung: Am 4. Februar ging das Europa-Parlament über den Kommissionsvorschlag hinaus. Es forderte:

- Senkung der CO₂-Emissionen um mindestens 40 Prozent,
- Reduzierung des Energieverbrauchs um 40 Prozent,
- Steigerung des Anteils der Erneuerbaren auf 30 Prozent.

Im Sinne eines engagierten Klimaschutzes ist diese Entwicklung sehr zu begrüßen. Nun darf man gespannt sein, zu welcher Einschätzung der Europäische Rat bei seinem Gipfeltreffen Mitte März kommen wird.

Entspannt auf die internationale Politik warten sollten am Klimaschutz Interessierte jedoch nicht. Darauf verwiesen mehrere Redner



Dirk Jansen, Günther Oettinger und Josef Tumbrinck (v. l. n. r.)

beim KlimaForum. Hans-Jochen Luhmann vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie warnte davor, zu sehr auf UN-Vereinbarungen zu setzen. Die Vereinten Nationen seien abhängig von nationalen Außenpolitiken, die wiederum durch nationale Innenpolitiken bestimmt würden. Deshalb seien zum Beispiel Aktivitäten in NRW ein mächtiger politischer Hebel. Ähnlich argumentierte Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung. Die Klimaschutz-Aktivist:innen befänden sich in einer Sackgasse, weil sie sich auf internationale Politik und Abkommen konzentrierten. Er ermutigte Klimaschützer, in den Bereichen zu kämpfen, aus denen sich Klimapolitik zusammensetze, etwa Verkehrspolitik, Stadtentwicklung und Energiepolitik. Es gebe zwar vereinzelte Proteste, etwa wenn Dörfer wegen des Braunkohleabbaus verschwinden oder Autobahnen erweitert werden sollten, nötig sei jedoch eine gemeinsame, sichtbare Bewegung für den Klimaschutz.

Positive Zwischenbilanz

Als erstes Netzwerktreffen war das KlimaForum die bisher größte Veranstaltung des KlimaDiskurs NRW. Seit dem Aufbau der Geschäftsstelle im Mai 2013 haben fünf weitere Veranstaltungen stattgefunden, die sich unter anderem mit dem besonders umstrittenen Thema Braunkohle beschäftigten. Josef Tumbrinck, Sprecher der KlimaDiskurs-Vorstands und Vorsitzender des NABU NRW, ist mit der bisherigen Entwicklung des Projektes zufrieden. „Wir können auf ein erfolgreiches Auftaktjahr des KlimaDiskurs NRW zurückblicken. So haben wir erste hervorragend besuchte Veranstaltungen auf den Weg gebracht und unseren Platz in der klimapolitischen Landschaft in Nordrhein-Westfalen gefestigt.“ Im Jahr 2014 will der Verein die Debatten zum Thema Klimaschutz erweitern

**KLIMA
DISKURS
NRW**



und vertiefen, als Motto gilt weiterhin „Auseinandersetzen – Einigen – Handeln“. Die nächste Veranstaltung unter dem Titel „Gefangener Kunde? Der Fernwärmemarkt aus Verbrauchersicht“ findet am 27. März in Düsseldorf statt.

Die Stiftung fördert den KlimaDiskurs bis ins Jahr 2016 mit insgesamt 560.000 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.klimadiskurs-nrw.de, zu den EU-Zielen 2030 unter http://ec.europa.eu/energy/2030_de.htm

Klimabildung vor Ort

Workshop für Vertreter von Kommunen

Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen engagieren sich schon seit längerem für den Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel. Das Thema Bildung spielt jedoch in kommunalen Klimaschutzkonzepten bislang eine eher untergeordnete Rolle, so das Ergebnis einer Studie der LAG 21 NRW. Vertreter von Kommunen sind deshalb eingeladen, Handlungsempfehlungen zur Klimabildung zu entwickeln und in einem praxisorientierten Leitfaden zusammenzutragen. Ein erster Workshop dazu findet am 26. März 2014 in der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA) in Recklinghausen statt. Veranstalter sind neben der NUA das NRW-Umweltministerium, die Landesagentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und die IFOK GmbH.

➔ Weitere Informationen unter www.zukunft-lernen-nrw.de

Neue Wanderausstellung

Seit mehr als 25 Jahren ist der isländische Fotograf Ragnar Axelsson in der Arktis unterwegs. Dort wirkt sich der globale Klimawandel besonders stark aus. Mit seinen Fotos hat er diesen Prozess ungewollt dokumentiert. Was bedeuten diese Veränderungen für die dort lebenden Menschen? Welche Konsequenzen haben die Entwicklungen in der Arktis für Mitteleuropa und darüber hinaus?

Diesen Fragen widmet sich eine Ausstellung, die Michael-Funcke Bartz, Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, im Auftrag unserer Stiftung entwickelt hat. Neben Fotos von Ragnar Axelsson und Michael Funcke-Bartz bietet sie allgemeine Informationen zum Klimawandel und seinen Folgen. Zurzeit besteht die Ausstellung



aus 16 Tafeln. Sie wird in den nächsten Monaten durch weitere Tafeln zum Klimawandel in NRW und in anderen Erdteilen und durch eine Broschüre ergänzt.

Nach ersten Stationen beim NRW-Klimakongress in Wuppertal und im Umweltministerium in Düsseldorf steht Klima-Wandelt jetzt als

Wanderausstellung für nordrhein-westfälische Organisationen, Institutionen und Schulen zur Verfügung. Der Verleih ist kostenlos, der Transport muss von den Ausleihern organisiert und finanziert werden. Weitere Informationen und Abbildungen zu Klima-Wandelt finden Sie auf unserer Internetseite unter „Service“.

Von Information zu Partizipation

Global Media Forum 2014

Nach den Anfängen als „informative Einbahnstraße“ hat sich das Internet inzwischen zu einem interaktiven Medium entwickelt, dessen Nutzer auch auf gesellschaftliche und politische Prozesse einwirken. Was bedeutet dies für die Medienberichterstattung, für die öffentliche Meinungsbildung und die Art der Regierungsführung?

Dieser Frage widmet sich das Global Media Forum der Deutschen Welle, das vom 30. Juni bis zum 2. Juli 2014 in Bonn stattfindet. Die Veranstaltung bringt Medienvertreter aus aller Welt mit Akteuren aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Wissenschaft zusammen.

Thematische Schwerpunkte sind in diesem Jahr: Politik und Medien; Journalismus; Gesellschaft, Ethik und Teilhabe; Cyber-Sicherheit. Neben Plenarsitzungen finden zahlreiche Workshops statt. Besonders freut uns, dass auch zwei unserer Projektpartner einen Workshop gestalten: The Global Experience aus Münster und alleweltonair aus Köln.

➔ Weitere Informationen zum Global Media Forum unter www.dw-gmf.de



Fair Future

Angebot für NRW-Schulen

Seit April 2013 tourt der Hamburger Verein „Die Multivision“ mit seinem neuen Programm Fair Future II durch Deutschland. Die multimediale Präsentation basiert auf dem Konzept des „ökologischen Fußabdrucks“ und wurde in Kooperation mit Oxfam Deutschland und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie entwickelt.

Anhand der Themen Landnutzung, Nahrungsmittelproduktion und Ernährung verdeutlicht Fair Future II die Auswirkungen der Globalisierung, des Ressourcenverbrauchs und des Klimawandels. Im Rahmen der NRW-Tournee stellen sich auch entwicklungs- oder umweltpolitische Akteure aus der Region vor, damit die Schüler deren Aktivitäten kennenlernen. Um die behandelten Themen besser an den Schulen zu verankern und ein Engagement der Jugendlichen zu fördern, erhalten 56 Schulen die Möglichkeit, ein Angebot der beiden Kooperationspartner Eine Welt Netz NRW und BUNDjugend NRW als Anschlussprojekt für Schüler durchzuführen.

Durch die Förderung unserer Stiftung (rund 270.000 Euro) kann Fair Future II allen weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen angeboten werden und dürfte vermutlich rund 100.000 Schüler zwischen 13 und 18 Jahren erreichen.

➔ Mehr Informationen finden sich auf den Internetseiten www.multivision.info und www.fairfuture.net
 ➔ Ansprechpartner für interessierte Schulen ist der NRW-Koordinator von Multivision, Marcus Kiesel, Tel. 0202-94224125, E-Mail marcus.kiesel@multivision.info

... zwei westfälischen Fahrradprojekten?

Fahrradfahren – muss die Stiftung denn alles fördern? Muss sie nicht, aber sie will und macht es, wenn es sich um Projekte wie die NaturGenussRoute im Münsterland oder den Millenniumsradweg in Bielefeld handelt. Die nämlich verknüpfen vorbildlich eine umweltschonende Form der Fortbewegung mit ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Aspekten und füllen so den viel strapazierten Begriff der Nachhaltigkeit mit Leben.



Foto: A. Beulting



Foto: Welthaus Bielefeld

Radeln, lernen und genießen

Die NABU-Naturschutzstation Münsterland verfolgt mit ihrer 2007 eingerichteten NaturGenussRoute gleich mehrere anspruchsvolle Ziele: „Themen und Akteure zusammenbringen, Schönheit und Besonderheiten des Münsterlandes zeigen, die Bedeutung der biologischen und landschaftlichen Vielfalt betonen und ein regionales Bewusstsein fördern – und das auf genussvolle Weise.“

Die NaturGenussRoute ist rund 160 Kilometer lang und als Rundkurs über fünf „Speichen“ mit Münster verbunden. Für die Route wurden besonders reizvolle Strecken ausgewählt, die überwiegend durch Gebiete des europäischen Schutzgebietsnetzes NATURA 2000 und entlang kultureller Sehenswürdigkeiten wie Wasserburgen oder Museen führen. Gastronomiebetriebe an der Strecke sorgen für Stärkung mit regionalen und überwiegend ökologisch hergestellten Produkten.

Jedes Jahr stellen die NABU-Station und ihre Partner ein Programm mit über 150 Veranstaltungen rund um das Thema „Natur & Genuss aus der Region“ zusammen. Ein Radkarten-Set enthält Informationen zu den Strecken, spe-

ziellen Tagestouren, Einkehrmöglichkeiten, regionalen Produkten und fahrradfreundlichen Unterkünften. Andreas Beulting von der NABU-Naturschutzstation spricht von einem „sehr schönen und erfolgreichen Projekt, das über den Förderzeitraum hinaus weiter lebt und wächst.“ Die Stiftung hat die Entwicklung der NaturGenussRoute mit rund 80.000 Euro gefördert.

Die Welt erfahren

Ebenfalls ein erfolgreiches Projekt ist der vom Welthaus Bielefeld entwickelte und im September 2011 eröffnete Millenniumsradweg. Dort erfahren Radler – und auch Wanderer – auf einer 25 Kilometer langen Strecke rund um Bielefeld, was die Millenniumsentwicklungsziele sind und wie jeder von uns dazu beitragen kann, dass sie auch erreicht werden. Das Fahrrad als weltweit wichtiges und nachhaltiges Verkehrsmittel wird zum verbindenden Element – zwischen den Stationen und zwischen den Lebenswelten von Menschen weltweit. Neben einer bereits in 2. Auflage erschienenen Radkarte bietet das

Welthaus auf seiner Website für unterschiedliche Zielgruppen Bildungsmaterial zu den acht Stationen des Millenniumsradweges an. Auch können erlebnisorientierte Fahrradtouren von Gruppen jeden Alters gebucht werden. „Der Millenniumsradweg kommt gut bei den Bielefeldern an“, sagt Wiebke Langreder vom Welthaus. Die geführten Touren stießen auf große Resonanz, und eine kleine Umfrage im Sommer 2012 habe ergeben, dass auch zufällige Besucher der Stationen die Inhalte positiv aufnehmen und viel Neues erfahren. „Der Radweg ist zu einer kleinen Attraktion geworden, um die uns so manche Besucher aus anderen Städten beneiden“, so Langreder. Die Stiftung hat das Projekt mit 61.800 Euro unterstützt.

➔ Weitere Informationen unter www.naturgenussroute.de, www.welt-erfahren.org sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3215 und Z-5151

Neu geförderte Projekte

16. November 2013 bis 15. Februar 2014

Fördervolumen: 790.899 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, I = Interkultur, O = Organisationsentwicklung, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Indien – Die „Größte Demokratie der Welt“? recherche international e. V. Veröffentlichung eines Buches zu den jüngsten sozial-ökonomischen Entwicklungen in Indien; von April bis Juni 2014 Diskussionsveranstaltungen in mehreren Städten.	1.12.2013–31.12.2015 E-4854 7.800 €	Biologische Vielfalt in 12 Monaten Naturpädagogisches Zentrum Schelphof Entwicklung einer Posterserie zur Biodiversität, mit Aktionsvorschlägen für jeden Monat des Jahres für den Einsatz in Schulen und in anderen Bildungseinrichtungen.	20.1.2014–31.12.2015 U-3550 36.450 €
Stimmen Afrikas 2014 und 2015 Allerweltshaus Köln e. V. Autorenlesungen, Vorträge, Workshops, u. a. im Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum. Schwerpunkt ist der Themenbereich „Partizipation und Werteorientierung“.	1.1.2014–31.12.2015 E-4855 122.000 €	Regionales Netzwerk Umweltbildung Umweltbildungszentrum Pleistalwerk e. V. Mit Bedarfsanalysen, der Entwicklung von Konzepten und dem Knüpfen eines Netzwerks soll der Aufbau eines Umweltbildungszentrums im Rhein-Sieg-Kreis vorangetrieben werden.	1.3.2014–31.12.2015 U-3552 38.950 €
Fit For Fair Christliche Initiative Romero e. V. Kampagne anlässlich der Fußball-WM 2014 zu den schlechten Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsproduktion, u. a. Veranstaltungen, Internetangebote, Protestkartenaktion.	1.1.2014–31.12.2014 E-4860 26.633 €	Saatgutfestival 2014 Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt (VEN) e. V. Beim Saatgutfestival für Bonn/Rhein-Sieg präsentieren Aussteller ihre Arbeit und ihre Produkte. Vorträge, Workshops, Ausstellungen und Filme ergänzen die Veranstaltung.	1.2.2014–31.5.2014 U-3561 6.200 €
Neue Ziele für Entwicklung – Neue Strategien für NRO VENRO Das Projekt beschäftigt sich mit Positionen und Strategien von NRO zur Post-2015-Entwicklungsagenda, Veröffentlichungen, Pressearbeit, Workshops.	1.1.2014–31.12.2014 E-4861 43.270 €	Eine-Welt-Landeskonferenz 2014 Eine Welt Netz NRW e. V. Durchführung der Eine-Welt-Landeskonferenz am 14./15. März in Bonn. Zentrales Thema ist die internationale Verteilungsgerechtigkeit, insbesondere bezogen auf Rohstoffe.	1.12.2013–31.5.2014 Z-5257 46.044 €
Sportbekleidung und Ich Vamos e. V. Kampagne zur Fußball-WM, die sich v. a. an Schulen und junge Leute richtet, mit Projekttagen, Vorträgen, Fortbildungen, Bildungsmaterialien und einer Ausstellung.	1.2.2014–30.9.2014 E-4863 18.603 €	WASH-Netzwerk – Aktionsprogramm German Toilet Organization e. V. Ausbau des Netzwerks WASH (Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene); Netzwerktreffen, Weiterbildungen, Symposien, Publikationen und Aufbau einer Datenbank.	1.11.2013–31.12.2015 Z-5260 113.291 €
Mutoto Chaud 2014: Festung Europa Mutoto e. V. Der Münsteraner Projektträger veranstaltet zum Thema Migration eine Tournee, Schulworkshops und Projektstage mit der Theater-Gruppe „Mutoto Chaud“ (DR Kongo).	1.1.2014–31.12.2014 I-6104 77.900 €	Wege in eine ökologische und sozial gerechte Zukunft Evangelische Kirche von Westfalen Die Konferenz am 21./22. März in Schwerte thematisiert die nachhaltige Entwicklung in NRW und den Beitrag von Kirchen und Zivilgesellschaft.	1.1.2014–31.3.2014 Z-5261 16.030 €
Organisationsentwicklung Aktion Weißes Friedensband e. V. Entwicklung einer Organisationsstrategie, um die Zukunftsfähigkeit des Vereins zu sichern.	1.12.2013–31.12.2014 O-2317 9.977 €	Eine Welt, die wir wollen Eine Welt Netz NRW e. V. Das Projekt soll durch Veranstaltungen und eine Ausstellung den Diskurs zum globalen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit intensivieren.	1.2.2014–31.10.2015 Z-5262 15.870 €
Natur-Infozentrum Senne NABU Kreisverband Paderborn e. V. Das Senne-Informationszentrum in Bad Lippspringe wird zum Umweltbildungszentrum ausgebaut und bietet u. a. eine Ausstellung, Veranstaltungen und Exkursionen an.	1.2.2014–31.1.2015 U-3540 80.000 €	umWelpreis 2014 Trägerverein Diözesanrat im Bistum Aachen e. V. Wettbewerb im Bistum Aachen für kleine Projekte, die auf ehrenamtlicher Basis Umweltarbeit mit internationaler Ausrichtung leisten.	15.12.2013–31.10.2014 Z-5263 5.000 €
Vom Acker in den Futtertrog – Phase II Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – NRW Projekt zur Eiweißfutter-Versorgung durch heimische Leguminosearten, mit Potentialanalyse und Demonstrationsversuchen, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit.	1.1.2014–31.12.2015 U-3543 126.881 €		

Interaktive Ausstellung Neuer „Weltgarten“ in Köln

Der Weltgarten des Eine Welt Netz NRW ist ein Publikumsmagnet: Über zwei Millionen Besucher haben die interaktive Ausstellung seit Sommer 2005 kennengelernt. Am 13. April 2014 um 12 Uhr öffnet der Weltgarten im Kölner Zoo wieder die Tore seines Kuppelzeltes. Bis Mitte Oktober laden viele neue Elemente große und kleine Zoobesucher zum Nachdenken und Mitmachen ein. Thematische Schwerpunkte sind jetzt „Welt im Wandel“ (z. B. Ressourcenknappheit, Klimawandel) und „Konsum und Lebensstil“ (Was kann ich persönlich tun? Was ist politisch nötig?). Die Stiftung fördert die Neugestaltung und die Präsentation des Weltgartens in Köln und Münster (2015) mit rund 110.000 Euro.

➔ Weitere Informationen unter
www.eine-welt-netz-nrw.de

Workshop der Stiftung 2014 Vom Förderantrag bis zur Abrechnung

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in unseren Workshops beantworten. Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr. Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

➔ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an
marion.ostermann@sue-nrw.de

➔ Termine:
12. Mai, 8. September, 8. Dezember

Materialien Wenn das Land zur Ware wird

Welche Auswirkungen haben Tourismus und Konsumverhalten, etwa die steigende Nachfrage nach Biosprit, auf die indigene Bevölkerung in Mexiko? Damit hat sich der Verein Zwischenzeit (Münster) befasst. Entstanden sind daraus ein Dokumentarfilm (71 Min.) mit einer Begleitbroschüre und eine Ausstellung, die aus 26 Tafeln besteht und ohne Vorwissen verständlich ist. Die Stiftung hat das Projekt mit 18.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen und Bestellung der Materialien unter
www.zwischenzeit-muenster.de/land.html



Ausstellung und Lyrik-Festival Bilder und Stimmen Afrikas

2004 begann der südafrikanische Fotograf Matthew Willman seine Zusammenarbeit mit der Nelson Mandela Foundation. Dabei entstanden sehr persönliche Aufnahmen vom Freiheitskämpfer und „Vater der Nation“ Mandela. Diese und weitere Fotos aus Südafrika hat Willman in der Ausstellung „The Heritage Collection“ zusammengestellt wird, die jetzt erstmals in Europa gezeigt werden, und zwar bei der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) in Köln vom 28. April bis 9. Mai.

Stimmen aus Afrika sind zu hören beim Kölner Lyrikfestival „Poetic Voices Africa – I sing a new freedom“, das vom 22. bis 25. Mai stattfindet. Dort präsentieren sich Poesie-, Performance- und Spoken-Word-Künstler, u. a. Ben Okri (Nigeria), Nii Parkes (Ghana) und Chirikure Chirikure (Simbabwe).

➔ Weitere Informationen zu beiden Events beim Mitveranstalter
www.stimmenafrikas.de

Newsletter Anders lernen

„Einfach ganz ANDERS“ heißt ein Kooperationsprojekt von Eine Welt Netz NRW und BUNDjugend NRW, das Bildung für nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen verankern will. Zentrale Projektbestandteile sind Fortbildungen sowie unterschiedliche Veranstaltungsformate, die von Schulen gebucht werden können. Ein weiteres Angebot ist ein Newsletter, der jeden Monat eine Methode für die praktische Bildungsarbeit vorstellt. Zum Beispiel ein Rollenspiel „For Sale – Mosambik im Ausverkauf“, das sich mit Agrartreibstoffen beschäftigt. Zusätzlich gibt es aktuelle Informationen zu „Einfach ganz ANDERS“. Die Stiftung fördert das zweijährige Projekt mit rund 280.000 Euro.

➔ Newsletter-Bestellung und weitere Informationen unter
www.einfachganzanders.de

Schwarzbuch Verstöße gegen den Artenschutz

Der BUND NRW hat im Dezember 2013 ein Schwarzbuch vorgelegt, in dem Verstöße gegen den Artenschutz am Beispiel des Rhein-Sieg-Kreises dokumentiert werden. Nach einer kurzen Einführung in die Rechtslage werden 17 Einzelfälle dargestellt, in denen die rechtlichen Vorgaben nicht ausreichend beachtet wurden. Den Abschluss der Broschüre bildet ein Forderungskatalog. Die Stiftung hat das Projekt mit 2.200 Euro gefördert.

➔ Download des Schwarzbuchs auf der Internetseite des BUND Rhein-Sieg-Kreis
www.bund-rsk.de

Impressum

Ausgabe März 2014 | ISSN 2196-9507



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im Juni 2014.
Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de